

Reglement über den Solidaritätsfonds der Gemeinnützigen Baugenossenschaft Röntgenhof Zürich (GBRZ)

Zweck

Der Solidaritätsfonds bezweckt Wohnungsinhabern, die gleichzeitig Mitglieder der Genossenschaft sind und in bescheidenen, finanziellen Verhältnissen leben, Mietzinszuschüsse auszurichten. Zudem können Fondsmittel zur gezielten Verbilligung bei Ersatz-, Neu- und Umbauten verwendet werden.

Fondsbildung

1. Der Fonds wird durch die Mieter sämtlicher Kolonien der Röntgenhof mit monatlichen Beiträgen und allfälligen zweckgebundenen Zuwendungen geäufnet. Die Fondsgelder werden nicht verzinst.
2. Die Generalversammlung entscheidet über die Höhe der zur Bildung des Fonds erforderlichen Mieterbeiträge.

Leistungen

3. Die Leistungen richten sich nach den Richtlinien über die Ausrichtung von Mietzinszuschüssen, höchstens jedoch im Rahmen der vorhandenen Fondsmittel.
4. Bei Wohnungswechsel innerhalb der Röntgenhof infolge Unterbelegung in eine teurere Kleinwohnung (z.B. Alterswohnung), oder hohen Mietzinsaufschlägen infolge Erneuerung von Liegenschaften, können die Richtlinien im Verhältnis der Mehrkosten bis zu 3 Stufen heraufgesetzt werden.
5. Der Anspruch auf Zuschusszahlungen ist nicht möglich, wenn eine Wohnung stark unterbelegt ist und ein zumutbares Umsiedlungsangebot ausgeschlagen wird. Unterbelegung ist dann gegeben, wenn die Personenzahl die Zimmerzahl minus 1 unterschreitet. (z.B. 4-Zi-Wohnung = 3 Personen)
6. Veränderungen der Einkommens- oder Vermögensverhältnisse, welche gemäss den Richtlinien zum Solidaritätsfonds eine Neueinstufung für den Bezug von Mietzinszuschüssen zur Folge haben könnten, sind der Geschäftsstelle umgehend unaufgefordert mitzuteilen. Sollte der Bezüger dieser Informationspflicht nicht nachkommen, erlischt der Anspruch auf Zuschuss. Im Weiteren werden bei Unterlassen dieser Mitteilungen, zuviel ausbezahlte Mietzinszuschüsse zurückverlangt. Ebenfalls zurückgefordert werden Mietzinszuschüsse, die aufgrund falscher Einkommens-, bzw. Vermögensangaben ausbezahlt wurden. Wird ein Verstoss gegen andere in diesem Reglement festgehaltenen Melde- und Informationspflichten festgestellt, kommen die vorgenannten Rückforderungen sinngemäss zur Anwendung.
7. Bei einer teilweisen oder ganzen Untervermietung erlischt der Anspruch auf weitere Zuschusszahlungen.
8. Die Geschäftsstelle behält sich vor, nach Überprüfung des Antragsgesuchs, den Antragssteller auf ein persönliches Gespräch einzuladen, um weitere Beurteilungsfaktoren abzuklären.
9. Mit dem Ableben des Zuschussnehmers erlischt auch der Anspruch auf weitere Zuschusszahlungen.
10. Bei Neueintritt in die Röntgenhof besteht eine Karenzzeit von 3 Jahren zum Bezug von Leistungen.

Verwaltung

11. Die Geschäftsstelle verwaltet den Fonds. Sie entscheidet im Rahmen der vom Vorstand beschlossenen Richtlinien über die schriftlich eingereichten Gesuche und die Befreiung von der Beitragspflicht.

Aufsicht

12. Die Revisionsstelle prüft die Fondsrechnung im Rahmen der ordentlichen, jährlichen Revision.

Schlussbestimmungen

Dieses Reglement ersetzt alle vorherigen Reglemente und tritt ab 1. Januar 2011 in Kraft.

Dieses Reglement ist Bestandteil des Antragsgesuches und muss vom Antragssteller akzeptiert und unterzeichnet werden:

Ort und Datum:

Unterschrift Antragssteller:
